

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Vertriebskonto Nr. 23 885, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Dresden. Fernsprechnummer: Ring Nr. 8837.

Sonntag, den 29. Mai 1921

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 200 Meterzeile über deren Raum 0,80 Mk. darunter 0,80 Mk. Streifen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Mk. Mehrzweck: Die 200 Meterzeile, 8 Spalten über deren Raum im 2. u. 3. Mk.

Bayerischer Entwaffnungsschwindel

Der Protektionsknabe Briands, Dr. Wirth, hat seinen Namenszug unter das Londoner Ultimatum gesetzt. Er und seine sozialdemokratischen Freunde in der Koalitionsregierung haben sich verpflichtet, die Forderungen der Entente vorbehaltlos und ultimativ zu erfüllen. Die Bourgeoisie hat alle Maßnahmen getroffen, um die Lasten der Wiedergutmachung auf die Schultern der Arbeiter abzumägen. Neben den finanziellen Ansprüchen des „Reinbundes“ muß die deutsche Regierung jedoch auch jene Bestimmungen durchführen, die die Entwaffnung der Einwohnerwehren erzwingen sollen. Wir geben uns darüber keinen Illusionen hin, daß die herrschende Klasse in Deutschland im stillen Einverständnis mit der Ententebourgeoisie Mittel und Wege finden wird, um die illegale Bewaffnung des Bürgertums aufrechtzuerhalten. Solange jedoch noch die Revanchekriegsgeanken nationalstischer Kreise vorhanden sind, solange wird vor allem Frankreich offiziell auf der Entwaffnung der Einwohnerwehren bestehen.

In den mittel- und norddeutschen Bundesstaaten haben die Landesregierungen den Schein für sich, daß sie über Be- oder Entwaffnung der Einwohnerwehren frei verfügen können. In Süddeutschland liegen die Dinge anders. Die bayerische Regierung wurde von den Einwohnerwehren aus der Taufe gehoben, für sie ist die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren eine Machtfrage. Wollte die Rahrregierung die Einwohnerwehren und Orgeeschformationen tatsächlich ihrer Waffen und Munition berauben, dann würde sie eine Rechtsrevolte entfesseln, die für das Kabinett selbst die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte. Bei allen Zusammenkünften, die der bayerische Diktator Kahr in Berlin mit der Reichsregierung gehabt hat, ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Einwohnerwehr ebensogut ein Bestandteil Bayerns sei, wie die Zwiebelwürme der katholischen Dorfkirchen.

Die letzten Wochen waren angefüllt von Verhandlungen zwischen München und Berlin, die zum Ziel eine Verständigung über die Frage der Einwohnerwehren hatten. Zu dieser Verständigung ist es bis heute noch nicht gekommen. Der Widerstand innerhalb der Einwohnerwehren selbst ist so stark, daß die bayerische Regierung es nicht wagt, über die leitenden Orgeeschmänner hinweg auch die kleinste Konzession an Berlin zu machen. Wenn die bürgerliche Presse jetzt berichtet, daß in der Frage der Einwohnerwehren eine gewisse Entspannung eingetreten sei, und daß der bayerische Ministerrat in seiner Sitzung am 24. Mai übereingekommen sei, daß nach der gegebenen Zwangslage der Abbau der Einwohnerwehr in Angriff genommen werden müsse, so sind diese Pressemeldungen nichts anderes als plumpe Täuschungsmanöver. Jeder Orgeeschmann in Bayern, der mit der blauweißen Binde am Arm herumläuft, weiß sehr genau, daß die Münchener Regierung ihm sein 98er Gewehr und seinen Gurt Infanteriemunition nicht wegnehmen wird.

Die Rahrregierung hat sich längst zur Befangenen der nationalstischen Offiziersgruppen um Ludendorff und Escherich im Münchener Ringhotel gemacht. Diese Kreise organisieren jetzt planmäßig den Widerstand gegen die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren. Wie die bürgerliche Presse zu melden weiß, ist im Gegensatz zu den optimistischen Meldungen, die zur Beruhigung ausgestreut werden, die Krise in der Entwaffnungsfrage noch keineswegs gelöst. Nach zuverlässigen Mitteilungen machen sich in der Einwohnerwehr selbst sehr starke Widerstände gegen die vom Reich angeordnete Entwaffnungsaktion bemerkbar. Die Ursachen dieses Widerstandes sind verschiedener Art. Unter den Studenten und Offizieren der Orgeesch sind sehr starke nationalstische Strömungen vorhanden, die nach wie vor an dem monarchistischen Staatsgedanken festhalten. Diese Kreise wollen unbedingt die vorrevolutionären wirtschaftlichen und politischen Zustände wieder herbeiführen, die ihnen ihre Privilegien garantierten. Sie sind jeder staatlichen und wirtschaftlichen Neuorientierung unzugänglich. Ihr Blick ist nur nach rückwärts gerichtet. Es kommt hinzu, daß diese konterrevolutionären Schichten infolge ihrer politischen Hilflosigkeit das Werkzeug ganz bestimmter Schiebergruppen sind. Sie bilden sich ein, mit den Arbeitern die „Erneuerung Deutschlands“ im monarchistischen Sinne durchführen zu können. Ihre Auffassungen sind stark nationalbolshewistisch und antisemitisch durchsetzt. Als Ergebnis dieser Strömungen haben sich in den letzten Wochen in der bayerischen Ein-

Macht den Orgeeschtransporten ein Ende!

Nach den Dresdener Eisenbahnern, nach den Breslauer Arbeitern treten die Berliner Eisenbahner auf den Plan. Sie verlangen, daß ihre Organisationen sofort in Aktion treten, um den Orgeeschtransporten ein Ende zu machen. Sie haben erkannt, daß alles Neben, alle Maßnahmen an die Behörden, alle Erlasse nichts helfen, wenn nicht der eiserne Wille der Arbeiterklasse dahinter steht, ihnen mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln Geltung zu verschaffen. So wie die Breslauer Arbeiter sich ohne Unterschied der Partei zusammengenau und die Bewaffnung ihrer aller mit Einschluß der Kommunisten durchzusetzen haben, so fordern die Berliner Eisenbahner das gemeinsame Vorgehen der großen Gewerkschaftsorganisationen mit den drei sozialistischen Parteien, damit der Kampf auf der breitesten Grundlage geführt werden kann.

Die Berliner Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben gestern folgenden Beschluß gefaßt:

Trotz aller Ablehnungsversuche sind die Orgeesch und andere Freischarbanden in vollem Aufmarsch begriffen. Unter falscher Deklaration werden Waffen, Munition und Bekleidungsgegenstände auf der Eisenbahn befördert. Freifahrtscheine, Sammelscheine ermöglichen das leichtere Sammeln der Orgeeschbanden in Schlessen. Die sächsischen Eisenbahnerkollegen sind bei der Ausübung ihrer im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgabe schwer mißhandelt worden. Sie haben aber erreicht, daß die Transporte nicht mehr in dem Umfange wie bisher durch Sachsen geleitet werden. In einem gemeinsamen Aufruf machen die Hauptbetriebsräte Dresdens, die Be-

zirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes Dresden und die drei sozialistischen Parteien Front gegen dieses neue Balkum-Abenteuer.

Die gestern, Donnerstag, 26. Mai, im Gewerkschaftshaus versammelten Funktionäre des DEB, verlangen von der Ortsverwaltung, daß sie mit der Bezirksleitung und dem Hauptvorstand sofort eine kombinierte Sitzung einberuft, zu der außerdem zu laden sind: die SPD, USP, KPD, die Berliner Gewerkschaftskommission, die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, der ADGB, sowie die Reichsbetriebsrätezentrale und der Deutsche Transportarbeiterverband. Mit allen Mitteln, die der Arbeiterklasse und vor allem uns Eisenbahnern zur Verfügung stehen, müssen die Massentransporte verhindert werden. Es ist nichts getan mit der Ueberwachung, mit den Feststellungen und den Mitteilungen an die Behörden und Verwaltungsstellen, deren Organe, wie Dresden bemerkt, diese Transporte selbst begünstigen. Wir fordern von den einzuladenden Organisationen, daß sie sich bemühen, daß alle Forderungen und Wünsche an die Regierung nichts nähern, wenn nicht Ernst gemacht wird mit dem Kampf gegen die Orgeesch, gegen die Bewaffnung von Freischaren, gegen die das Leben gefährdenden Munitionstransporte. Wir verlangen Schutz als Eisenbahner gegenüber dem Räuberzuzug. Die Gefahr ist riesengroß. Die Eisenbahner Oberschlessens spüren schon den weißen Schrecken.

Wir rufen das Proletariat Deutschlands auf. Selbst uns Eisenbahnern. Ihr helft Euch!

wohnerwehr Gruppen herausgebildet, die den Escherich als einen Schicksknappen von Stinnes bezeichnen und die die Orgeesch mehr auf den Revanchekrieg und den Sturz der Judenregierung eingestellt wissen wollen. Escherich hat deshalb guten Grund, der Reichsregierung gegenüber den starken Mann zu markieren, damit ihm sein Einfluß in der Leitung der Orgeesch erhalten bleibt. Herr Wirth mag sich getrost auf den gallischen Hahn setzen und gegen den bayerischen Löwen reiten. Der Ausgang dieses Turnieres ist nicht ungewiß. Bevor jedoch der neue Ministerpräsident mit dem „energetischen Gesicht“ die Kampfarena betritt, hat er sich bei seinem großen Gönner Lloyd George Unterstützung geholt. Um den Druck auf die bayerische Regierung zu verschärfen, läßt die englische Regierung durch das Neuterbüro mit-

teilen: Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaffnungsvorschläge erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung seitens der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

Die Mahnungen Englands werden die bayerische Regierung in keiner Weise abhalten, die Bewaffnung des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten. Es ist möglich, daß die bayerische Regierung, um einer Verschärfung der außenpolitischen Krise auszuweichen, unter Sinnahme bestimmter Konzessionen bereit sein wird, die Einwohnerwehren zu reorganisieren. Diese Scheinentwaffnung ändert natürlich nichts an der feststehenden Tatsache der Bewaffnung der Konterrevolution. Es gibt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft für den bürgerlichen Staat keine Existenzmöglichkeit ohne weiße Gardien. Die Ebertrepublik verdankt ihren Bestand den Freischaren, die wiederum gegründet wurden von der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse muß wissen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft nur mit Gewalt aufrechtzuerhalten kann. Sie darf deshalb den diplomatischen Spiegelschereien über die Entwaffnungsfrage nicht trauen. Sie darf nicht trauen den „Aktionen“ der sozialdemokratischen Parteien. Die Sozialdemokratie bewilligt den Regierungen die Mittel zur Unterhaltung der Einwohnerwehren. Die parlamentarischen Aktionen der Sozialdemokraten beschränken sich im wesentlichen auf Anfragen. Ebensooft, wie die USP, im bayerischen Landtag von der Regierung Auskunft über den Stand der Entwaffnungsfrage verlangt hat, ebensooft ist sie von Kahr genasführt worden. Die USP, die in Bayern im Gegensatz zur kommunistischen Partei als legale Partei arbeiten kann, tut nichts, um die Massen gegen die Rahrregierung aufzurufen. Die Sozialdemokraten gehen mit dieser Regierung durch dick und dünn und haben Furcht vor der Herbeiführung irgendeiner parlamentarischen Krise.

Mehr wie für das Kabinett Wirth-Bauer ist die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat. Die wirtschaftliche Struktur Süddeutschlands bestimmt den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Charakter seiner Bewohner. Große zusammenhängende Industriebezirke gibt es jenseits der Mainlinie nicht. Die Industrie ist dezentralisiert und über das ganze Land zerstreut. Die Industriearbeiterschaft ist stark mit kleinbäuerlichen Elementen durchsetzt, die in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen naturgemäß als hemmende Faktoren auftreten. Arbeitermassen, die während des Krieges in den sprunghaft erweiterten Rüstungsbetrieben tätig waren, sind infolge der wirtschaftlichen Krise wieder abgewandert. Unter der lebhaften Arbeiterschaft befinden sich eine große Menge von Arbeitslosen, die wiederum aus den Industriebezirken in ländliche Gegenden ziehen, um dort eine Erwerbsmöglichkeit zu finden. Der aktive Widerstand dieser Arbeitergruppen gegen die Orgeeschrüstungen ist deshalb auf die kommunistischen Massen beschränkt. Die kommunistische Bewegung selbst ist in Süddeutschland noch zu schwach, um unmittelbar zur Trägerin einer erfolgreichen Bewegung gegen die konterrevolutionären Regierungen zu werden. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß ihr Augenmerk auf das Aufmarschgebiet der illegalen Truppenformationen der deutschen Bourgeoisie jenseits der Mainlinie richten, um so mehr, als sich im deutschen Süden französische und bayerische Interessen treffen.

Die Reichsregierung hat keine Machtmittel — außer Trotnoten —, um die Entwaffnung der Einwohnerwehren in Bayern zwangsmäßig durchzuführen. Sie hat in Bayern nichts zu sagen. Die monarchistische bayerische Reichswehr kommt selbstverständlich für eine Entwaffnungskampagne nicht in Frage.

Nur die Arbeiterklasse ist imstande, die Entwaffnung der Orgeesch durchzuführen. Eine bürgerliche Regierung kann jedoch niemals die Arbeiterklasse für diese Zwecke auf den Plan rufen. Sie müßte ihren eigenen Feind bewaffnen. Ist es den Sozialdemokraten und Unabhängigen ernst mit ihren zehn Punkten und sonstigen Forderungen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter zum Kampfe aufzurufen. Diesen Weg können aber die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer nicht gehen. Denn sie haben der Entente die Milliarden garantiert. Wenn sie sich also für die Erfüllung des Ultimatus eingesetzt haben, dann müssen sie der Regierung auch die Machtmittel geben, die Forderungen des Ultimatus zu erfüllen. Hat die Arbeiterklasse den festen Willen, aus ihrem Elend herauszukommen, dann muß sie den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen und darf nicht davor zurückschrecken, gegen diejenigen Führer anzukämpfen, die im Bunde mit der Bourgeoisie stehen. Die kommunistische Partei hat den deutschen Arbeitern in ihrem Aufruf den Weg gezeigt, den sie gehen müssen.

Zum Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale

III.

W. K. Zu der Gruppe, der nach dem Exekutivvorschlag vier Stimmen zuerkannt werden sollen, gehören nach Anwendung der in den Vorarbeiten skizzierten Grundzüge vorwiegend die kleinen europäischen Länder.

In Holland, wo die bereits seit 10 Jahren bestehende gefestigte kommunistische Partei in allen Arbeitervereinigungen dominiert, wäre eine noch breitere organisatorische Verbindung der Partei mit den Massen durch enges Heranziehen der im N.A.S. vereinigten oppositionellen Gewerkschaftsgruppen, für die aktive Betätigung außerordentlich erstrebenswert. Die N.A.S. wäre als Gast schon zum Weltkongress erwünscht, da sie sicher am Kongress der roten Gewerkschaften teilnehmen wird. Der kleine Bund der Christl. Kommunisten ist kürzlich in unsere Partei übergegangen.

Auch für Dänemark sind die Bestrebungen der jungen kommunistischen Partei, sich enger mit den oppositionellen Gewerkschaftsgruppen zu verbinden, um dadurch eine größere Aktivität zu erreichen, sehr zu begrüßen. Jedoch besteht hier im Gegensatz zu Holland die Gefahr, daß in einer zu innigen Verschmelzung die Rolle der Partei und die der Gewerkschaften nicht klar genug abgegrenzt wird.

In der Schweiz hat die durch Verschmelzung des linken Flügels der sozialdemokratischen Partei mit den Altkommunisten nummehr geschaffene einheitliche kommunistische Partei bereits weit über den Rahmen ihrer Parteimitglieder hinaus Einfluß erlangt. Da in den Gewerkschaften die radikalere Strömung seit langem die Oberhand hat, so stehen die Arbeitermassen in einigen der größten Städte des Landes wie Basel, Zürich, Schaffhausen usw. bereits unter kommunistischer Führung. Das Organ dazu bieten die Arbeiter-Unionen, eigenartige schweizerische Gebilde, die eine besondere organisatorische Zusammenfassung der Gewerkschaftskartelle und örtlichen Parteivertrauensleute darstellen.

Belgien gehört zu dieser Stimmgruppe nur wegen seiner, durch die Lage des Landes und sein Wirtschaftsleben verursachten besonderen Bedeutung. Die kleine, eben erst gegründete kommunistische Partei hat noch einen schweren Kampf gegen die dort sehr einflussreiche, einige mit den Gewerkschaften und Genossenschaften verknüpfte Sozialdemokratie zu führen.

In Groß-Griechenland geht nach der im Vorjahre erfolgten Parteigründung die eigentliche Konsolidierung unserer Bewegung erst vor sich. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, mit etwa 40 000 Mitgliedern, hat starke Sympathien für die kommunistische Internationale. Er steht auch zur kommunistischen Partei in einem engen organisatorischen Verhältnis, das noch der Abgrenzung und Klärung bedarf.

Aus Rumänien haben uns soeben die erfreulichen Nachrichten über den geschlossenen Beitritt der dortigen sozialistischen Partei zur kommunistischen Internationale erreicht. Mit ihrem starken Einfluß auf die Gewerkschaften, bildet diese Partei ebenso wie die griechische, nummehr in Anlehnung an die Exekutive der kommunistischen Balkanföderation, die in Bulgarien ihren Sitz hat, einen neuen Machtfaktor der Balkanrevolution.

In Lettland ist eine aus der früheren russischen Zeit noch jetzt bestehende kommunistische Partei trotz ihrer Illegalität unter den alten zaristischen Gesetzen fleißig am Werk. Sie harret in Anlehnung an Rußland entschlossen der entscheidenden Kampfesstunde.

Die kommunistische Partei Estlands stützte sich für ihr öffentliches Wirken bisher fast ausschließlich auf die zu ihr haltende Gewerkschaftsorganisation der Hauptstadt Reval. Neben ihr hat nummehr die auch im Lande über breiteren Einfluß verfügende Unabhängige Sozialdemokratie den Anschluß an die kommunistische Internationale vollzogen, so daß hier ein Umkehrung günstige Aussichten hat.

Kampferprobt und in Anlehnung an die Bolschewikis zur Macht gelangt, werden die kommunistischen Parteien des Kaukasus für die Sowjetrepubliken Georgien, Aserbeidschan und Armenien ebenso wie die kommunistische Partei Persiens und die in Italien herrschende kommunistische Partei der Fernöstlichen Republik ihre besonderen stimmungsführenden Bestrebungen äußern.

Für Südamerika gehört das führende Land Argentinien noch zu dieser Gruppe. Neben der zahlenmäßig nicht großen aber sehr gefestigten kommunistischen Partei wird die kommunistische Arbeiterföderation wahrscheinlich auf dem Kongress vertreten sein. Diese Föderation ist die stärkste Arbeiterorganisation Südamerikas, die sich schon so weit von den bisherigen, rein sozialistischen Tendenzen zum Kommunismus hat durchdringen können, daß sie die Diktatur des Proletariats und

das Sowjetssystem als eine notwendige Kampfesphase der proletarischen Bestrebungen anerkennt und erstrebt. Auch in der alten sozialistischen Partei ist ein starker linker Flügel für den Anschluß an die kommunistische Internationale tätig.

Die Arbeiterorganisationen werden die revolutionäre Entwicklung Südamerikas entscheiden, in engster Verbindung mit den ihnen befreundeten Organisationen des kleinen Uruguay.

Mit 2 Stimmen sollen auf dem Kongress vertretungsberechtigt sein:

Uruguay, wo die Arbeiterföderation und die sozialistische Partei bereits der Internationale angeschlossen sind,

Chile, dessen angeschlossene sozialistische Partei den Haupteinfluß auf die Arbeiterbewegung des Landes hat,

Mexiko, mit einer sich kraftvoll entwickelnden kommunistischen Partei,

Zentral-Amerika, mit den kommunistischen Gruppen der verschiedenen Republiken,

Kuba, durch kommunistische Gruppen, die mit der kommunistischen Partei Nordamerikas in Verbindung stehen, ebenso wie

Canadas kommunistische Gruppen,

Litauen, mit einer kommunistischen Partei aus russischer Zeit,

Lugemburgs junge kommunistische Partei mit gutem gewerkschaftlichen Einfluß,

Portugal, mit kommunistischen Gruppen, die infolge ihrer Illegalität noch nicht zu einer Partei zusammengefaßt werden konnten,

Islands kommunistische Partei, die sich selbständig wegen ihres Anschlusses an Moskau wandte,

Türkei mit einer gut kommunistischen Partei neben der starken national-bolschewistischen und volkskommunistischen Strömungen einherlaufen,

Java mit der durch holländische und indische Kommunisten bereits vor Jahren gegründeten kommunistischen Partei,

Australien mit einer selbständigen, aufstrebenden kommunistischen Partei und

Südafrika mit der der kommunistischen Internationale angeschlossenen Internationalen sozialistischen Liga, die trotz der nationalistischen Verhetzung zwischen Buren, Engländern und Negern sich kräftig entwickelt.

Als Länder mit sympathisierenden kommunistischen Parteien werden voraussichtlich vertreten sein die kleinen asiatischen Staaten, China, Buchara und Palästina. Außerdem sind als Sympathisierende noch eingeladen kommunistische Gruppen aus Indien, die Linke der sozialistischen Partei und kommunistische Gruppen aus China, sowie die kommunistische Partei und die sozialistisch-revolutionäre Partei Koreas.

Diese, auf das engste zusammengepreßte Aufzählung mit ihrer kläglichen und lückenhaften Charakterisierung der einzelnen Länder und unserer dortigen Bruderparteien gibt trotz all dieser Mängel ein imponantes Bild der weltumspannenden Bedeutung, die die kommunistische Internationale bereits erlangt hat. Sie gibt uns deutliche Arbeiter, wie den Proletariats aller Länder, die feste Zuversicht, daß der rücksichtslose Klassenkampf, daß die proletarische Revolution, die kommunistische Weltrevolution unter der energischen Kampfleitung der Exekutive der kommunistischen Internationale in schweren, opferreichen Kampfesjahren auf dem ganzen Erdball mit gleichen Zielen, gleicher Taktik und gleicher Tatkraft dem entfeindenden und endgültigen Siege des Kommunismus zustrebt.

Breslauer Nachrichten

Um die Ehre des Polizeipräsidenten

Am 26. Mai fand unser Genosse Kurt Neubert in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vor dem Gericht. Der Herr Polizeipräsident hatte sich in seiner Ehre angegriffen gefühlt wegen einem Artikel vom 18. März, der sich wendet gegen die rechtswidrige Verhaftung unseres Genossen Klein.

Im Laufe der Verhandlung gab der Staatsanwalt zu, daß in der Tat kein Haftbefehl gegen Klein vorlag. Der Polizeipräsident gab zu, daß er Klein nur stellen wollte, daß die Polizei kein Interesse daran habe, daß Klein in Freiheit für die kommunistische Partei arbeiten könne. Deshalb habe der Polizeipräsident den Genossen Klein dem Anwalt Leo, der sich im übrigen wegen zu schwachen Gedächtnis auf nichts mehr besinnen kann, anvertraut. Anwalt Leo habe erst dann den Haftbefehl ausgestellt.

Der Polizeipräsident erklärte in der Verhandlung, daß er keine Anweisung für gewöhnliches Photographieren und für Abnehmen von Fingerabdrücken gegeben habe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Simon, stellte fest, daß im Polizeipräsidenten sehr oft ungesetzliche Handlungen vorkommen, für deren Ausführung dann niemand die Verantwortung übernehmen will.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an das genossenschaftliche Photographieren unserer am 29. März verhafteten Genossen, die durch die, mit entschuldigtem Revolver bewaffneten Spionagen schaften gezwungen wurden, sich im Polizeigefängnis photographieren zu lassen. Die damaligen Vorkommnisse waren befohlen vom Kriminalkommissar Eys, der unseres Wissens ein Untergegener des Herrn Polizeipräsidenten ist.

Der als Zeuge vorgeführte Genosse Klein stellte fest, daß die Behandlung seitens der Gefängnisbeamten zu keiner Klage Anlaß gebe. Rigorose Maßnahmen haben nur Kriminalbeamte getroffen.

Der Staatsanwalt beantragte, weil der angezogene Artikel in einer unruhigen Zeit erschienen sei, drei Monate Gefängnis. Das Gericht stellte dahingegen fest, daß Genosse Neubert in Wahrnehmung berechtigter Interessen seines Genossen gehandelt habe und verurteilte ihn wegen des Wortes „Demeinlich“ zu 800 M. Geldstrafe.

Raddrennen in Grünleiche

Ausgezeichnetes Rennwetter hatte die Sportfreunde in Massen nach Grünleiche gelockt, zumal unser Lokalmatador Thomas als aussichtsreicher Bewerber in den Großen Preis von Oideutschland startete. Trotz eines Raddesektes im 60 Kilometerlauf, gewann Thomas im Gesamtklassement vor O. Ruchkom-Verlin, der ein gleichmäßiges schönes Rennen fuhr. Dem Flegelrennen blieben die Breslauer Rennfahrer, die kurz vor dem Start höhere Startgelder forderten, fern, so daß die Rennen eine Beute auswärtiger Fahrer wurden. Den großen Malenpreis gewann Hahn vor Gottfried und Sonntag, während im kleinen Malenpreis Ostermaler handbreit vor Herbst durch Ziel ging. Im Vereins-Mannschaftsfahren siegte der R. V. Germania. Das Prämiolenfahren für Berufsfahrer gewann O. Patra vor Ostermaler.

Aus der Provinz

An alle unsere Leser!

Wochenlang konnte unsere „Schlesische Arbeiterzeitung“ nicht erscheinen. Die Polizei, die fast jede unserer Nummern, insbesondere unsere Postausgabe beschlagnahmt, hat jedoch vergeblich versucht uns klein zu kriegen.

Unsere Leser müssen jetzt berücksichtigen, daß wir uns „unvollständig“ mußten auf die Vorzensur der Breslauer Polizei. Die Genossen müssen allerwärts gegen dieses rechtswidrige Vorgehen der Polizei protestieren.

Die Orgeschblätter der Gegenrevolution können ungehindert ihr arbeiterfeindliches Handwerk weiter verrichten. Unsere Zeitung hält man auf der Bahn an, und gibt sie erst nach stundenlangem Durchsicht frei — oder beschlagnahmt sie, selbst auf Artikel hin, die im übrigen Orgesch-Deutschland anstandslos erscheinen dürfen.

Dieses rechtswidrige Vorgehen der Polizei muß alle unsere Leser und Genossen veranlassen, nicht nur uns die Treue zu bewahren, sondern mehr als bisher besorgt zu sein, neue Leser, neue Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen.

Wir fordern alle unsere Ortsvereinsvorsitzenden, Kolporteurs und Einzelabonnenten auf, uns bis spätestens Dienstag, des 31. Mai, ihre Adressen mitzutellen. Ferner muß angegeben werden, wieviel Exemplare an die einzelnen Orte an die bestimmte Adresse zu schicken sind.

Unsere Genossen müssen auch im Laufe des folgenden Monats alles daransetzen, unserem Organ neue Leser zu gewinnen. Nur durch die weitgehendste Verbreitung unserer Presse wird es möglich sein, die uns gesteckten Ziele zu verwirklichen.

Deshalb an die Arbeit!

Redaktion und Verlag.

Görlich

In unserer letzten öffentlichen Volksversammlung, am 20. Mai, hat der Referent, ein auswärtiger Genosse, ein klares, für jeden verständliches Bild über die oberste politische Lage. Ausgehend von der Entstehung der Wirren in Oberschlesien, geißelte er mit scharfen Worten die Lüthwisch- und Korfasantypen, die hüben wie drüben die Arbeiter durch Zug und Trug wieder in ihre Dienste locken wollen. Klar und deutlich wies er dem Proletariat den einzigen gangbaren Weg: Einigung der gesamten Arbeiterklasse zur Beseitigung des kapitalistisch-imperialistischen Blutsystems. In der Diskussion sprach nur Genosse Japp, dessen Ausführungen sich im rein nationalen bolschewistischen Fahrwasser bewegten. Der Referent gab ihm die nötige Antwort und erteilte mit seinen Ausführungen den ungeteilten Beifall der Versammlung. Japp gehörte übrigens geistig unserer Partei nicht mehr an, da er bereits einige Tage vorher erklärt hatte, aus der Partei austreten zu wollen, was er inzwischen wohl getan haben mag. Damit erübrigt sich auch ein Eingehen auf den Bericht der menschenwichtigen „Görlich Volkszeitung“, der vor Verderbungen und Phrasen strahlt. Aber schließlich sind dies ja nur noch die einzigen Mittel, mit denen diese Leute die ihnen wegschwimmenden Felle halten möchten. Vor der revolutionären Tat schrecken sie zurück. — Unsere Mitgliederversammlung am 23. Mai bot eine Fülle politischer und agitatorischer Stoffe und zeugte von zielbewusster, tatkraftiger Arbeit der Genossen. Doch viel muß noch erreicht werden, darum muß sich jeder Genosse und jede Genossin zur Verfügung stellen. Immer weitere Kreise der Arbeiterschaft schauen auf uns, als der wirklichen revolutionären Partei, als der Partei der Tat.

Darum Genossen und Genossinnen werbt unermüdet und überall. Sorgt für Verbreitung unserer Presse. Verachtet nicht die Jugend uns zuzuführen, denn sie ist unsere Zukunft!

Verantwortlicher Redakteur: Werner Schöler, Berlin. Für den Breslauer Teil: Görlich Genoss, Breslau. Verlag: Sozialistischer Verlag v. G. u. K. D., Druck: Max Hoff, Berlin.

Wiederverkäufer!
Stern-Zwirn Karton
100 Stck. nur 31,- Mk.
Erich Fränkel, Breslau V
Gräbchenstraße 71

Händler! Hausierer!
kauften konstantes billig
alle Waren (Seite 2, 15 Bl.
Skizzen 38 Bl.) bei
L. Lohmann, Fehlfeldstr. 7

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte
MEDEL sowie ganze Einrichtung
aus Holz und vor-
zuziehen?
bei H. Kluge,
Fehlfeldstr. 12, 1. Etg.

Soeben erschien! Soeben erschien!

KARL RADEK

Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentralistische Partei des Wartens sein?

Inhalt: Der Vereinigungsparteitag. / 2. Die VKPD. und KAPD. / 3. Der Kampf um die rechtstehenden Arbeitermassen. / 4. Die italienische Frage. / 5. Passive oder revolutionäre aktive Massenpartei. / 6. Die Märzfrage. / 7. Die Lage in der VKPD. — Nachwort des Verfassers: Der Fall Levi.

119 Seiten. Preis Mk. 1.50.

Zu beziehen ausschließlich durch die Organisationen u. Buchhandlungen der VKPD. u. durch die **Verlagsbuchhandlung Carl Hoyer Nachf., Louis Cahmley, Hamburg ff.**



Dauer-Wäsche
Richard Schinke
Breslau, Ostianer Straße 44

Alt-Metalle
kauft OTTO, Koplenstraße 2